

Materialien

für die 1. Tagung
des 10. Stadtparteitages

Heft 2

- Änderungsanträge -
- Kandidaturen II -

am 4. Oktober 2026
im Kupfersaal Leipzig
Kupfergasse 2

Inhaltsverzeichnis

2	Inhalt und Impressum
3	Vorschlag: Tagesordnung und Zeitplan (Update)
4	Vorschlag: Änderung Geschäftsordnung
5	Änderungsanträge
6	ÄA3.1 Leipzig als (Breiten)Sportstadt erhalten – Nein zu Olympia
7	ÄA6.1 Eine starke Linke braucht eine starke Basis - Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken
11	ÄA8.1 Leipzig wird Tarifstadt
12	ÄA10.1 30 Stellen für bezahlbares Wohnen und Unterstützung von Mieter*innen
13	ÄA11.1 Keine Finanzierung von Tierleid durch Parteigelder
14	ÄA12.1 Leipzig bleibt Friedensstadt – Kein Platz für Rüstungsprofite!
16	ÄA12.2 Keine Profite mit Blut und Tod – Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig
17	ÄA13.1 Bekenntnis der Linken Leipzig zur feministischen Erneuerung
19	Kandidaturen II

Materialien Heft 2

zur 1. Tagung des 10. Stadtparteitages
von Die Linke Leipzig am 4. Oktober 2026

Impressum

Herausgeberin: Die Linke Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Satz: George Rainov, Kay Kamieth
Fotos: Privat
V.i.S.d.P.: Kay Kamieth
Redaktionsschluss: 21.09.2026

Vorläufige Tagesordnung und Zeitplan – Update

1. Eröffnung und Begrüßung	9:30 Uhr
2. Konstituierung der 1. Tagung des 10. Stadtparteitages	9:35 Uhr
3. Grußworte (erster Teil, weitere während der Tagung)	9:45 Uhr
4. Debatte	10:00 Uhr
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission	10:45 Uhr
6. Diskussion und Abstimmung über satzungsrelevante Anträge	10:50 Uhr
7. Rede der Vorsitzenden	11:00 Uhr
8. Präsentation Jahresabschluss 2025	11:15 Uhr
9. Einbringung und Beschluss des Finanzplans 2027	11:20 Uhr
10. Entlastung des Stadtvorstands	11:30 Uhr
11. Vorstellung und Wahlen zum Stadtvorstand	11:35 Uhr
12. Vorstellung und Wahl der Vertreter:innen zum Landesrat	11:35 Uhr
13. Vorstellung und Wahlen zur Finanzrevisionskommission	11:35 Uhr
14. 1. Präsentation OBM-Wahlprogramm (Entwurf)	12:00 Uhr

Pause (Zeitpunkt abhängig vom Tagungsverlauf und Zählpausen)

15. Anträge	14:00 Uhr
16. ggf. Fortführung der Debatte	16:00 Uhr
17. Schlusswort	16:30 Uhr

Geschäftsordnung

Im Vergleich zur Geschäftsordnung, welche im Materialien Heft 1 veröffentlicht war, gibt es hier im §11. Redeliste und Redezeiten eine Ergänzung (Anstrich 2) , welche die Grußworte näher regelt.

(2) Wortbeiträge für Grußworte sollten vor Beginn der Tagung bei der Tagungsleitung angezeigt werden. Wann diese Grußworte gehalten werden, legt die Tagungsleitung fest. Die Redezeit dafür beträgt fünf Minuten.

Änderungsanträge

Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~.

ÄA3.1: ~~Für eine soziale und demokratische Sportpolitik~~ Leipzig als (Breiten)Sportstadt erhalten - Nein zu Olympia.

Einreichender: Kilian Fürstenau

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

1. Die Linke Leipzig lehnt eine Beteiligung Leipzigs an einer Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele im Rahmen einer Bewerbung Berlin+ für 2036, 2040 oder 2044 grundsätzlich ab. ~~Dies gilt insbesondere für eine Beteiligung Leipzigs am Bewerbungskonzept Berlin+.~~

Der Stadtvorstand wird beauftragt, diese Position öffentlich zu vertreten und sich im Rahmen seiner politischen und organisatorischen Möglichkeiten gegen eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung einzusetzen.

2. Die Linke Leipzig solidarisiert sich mit Bündnissen und Initiativen, die sich gegen eine Olympiabewerbung und für eine demokratische Entscheidung darüber einsetzen. Dazu gehört insbesondere das Berliner Bündnis NOlympia und das Volksbegehren „Für Berlin, gegen Olympia. Wir sagen Nein zu einer Bewerbung um Olympische Spiele in den Jahren 2036, 2040 und 2044!“

Der Stadtverband unterstützt solche Initiativen im Rahmen seiner politischen und organisatorischen Möglichkeiten.

3. Die Linke Leipzig fordert größtmögliche Transparenz im weiteren Bewerbungsprozess. Die Mitglieder des Stadtverbandes sollen frühzeitig über weitere Schritte, politische Entscheidungen, geplante Investitionen und finanzielle Verpflichtungen informiert werden, die eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung betreffen.

Dies gilt auch für zukünftige Vorhaben, Leipzig an einer Bewerbung um Olympische oder Paralympische Spiele zu beteiligen. Bevor sich der Stadtverband zu einem solchen Vorhaben positioniert oder dieses unterstützt, muss die Mitgliedschaft die Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren und darüber zu diskutieren.

4. Sollte der DOSB sich für das bereits eingereichte Bewerbungskonzept Berlin+ zur Bewerbung beim IOC entscheiden, setzt sich Die Linke Leipzig dafür ein, die ökologischen, sozialen und finanziellen Nachteile wie Risiken für die Stadt Leipzig zu verhindern oder auf ein Minimum zu reduzieren.

Bei durch eine Olympiabewerbung bedingten Investitionsentscheidungen setzt sich die Linke Leipzig stets für Funktionalität und Nachhaltigkeit vor Repräsentativität ein.

5. Für den Fall, dass sich der DOSB für eine andere Konzeption als Berlin+ zur Einreichung

6 **ÄA. Änderungsanträge**

beim IOC entscheidet, setzt sich Die Linke Leipzig im Sinne der finanziellen und ökologischen Nachhaltigkeit dafür ein, die Nutzung der in Leipzig qualitativ und quantitativ hochwertigen bestehenden Sportinfrastruktur im Rahmen etwaiger Olympischer Spiele anzuregen.

Dies gilt insbesondere dann, wenn die Durchführung des Wettbewerbs in Leipzig einen teuren und unsinnigen Neubau in anderen Städten vermeiden kann und betrifft insbesondere die Nutzung des Fußballstadions, der Handballarena und des Kanuparks Markkleebergs.

6. Die Linke Leipzig stellt sich entschieden gegen Kürzungen im sportpolitischen Bereich in den kommenden Haushalten und setzt sich für eine stärkere Priorisierung des Erhalts, der Sanierung und des Ausbau von Sportanlagen in Leipzig innerhalb und außerhalb des Vereinssports ein. Konkret soll der Breiten- und Spitzensport in Leipzig durch folgende Maßnahmen – unabhängig von Olympia – ausgebaut und gefördert werden:

a) Die Sanierung und den Anbau der Turnhalle in der Teichstraße.

b) Sanierung der Turnhalle in der Leplaystraße.

c) Erhalt ohne Kürzungen der aktuellen Maßnahmen der Stadt Leipzig für Sportangebote jenseits des Vereinssports im öffentlichen Raum, etwa von Skateparks und Sportfreianlagen.

47. Die Stadtratsfraktion sowie die kommunalen Mandatsträger*innen der Linken Leipzig werden aufgefordert, die beschlossene Position des Stadtverbandes in ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen und sich im Rahmen ihres Mandats gegen eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung einzusetzen.

Auch kommunale Wahlbeamt*innen der Linken werden aufgefordert, diese Position im Rahmen ihrer rechtlichen und politischen Handlungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA6.1: Eine starke Linke braucht eine starke Basis – Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken

Einreichende: Franziska Kage, Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Die Linke Leipzig versteht sich als Mitgliederpartei. ~~Unsere politische Stärke entsteht nicht allein in Vorständen, Fraktionen, Abgeordnetenbüros oder Wahlstäben. Sie entsteht dort, wo Mitglieder diskutieren, Erfahrungen aus ihren Stadtteilen einbringen, unterschiedliche politische Positionen miteinander abwägen und gemeinsam Entscheidungen treffen. Deshalb wollen wir die Beteiligung der Mitglieder~~ Bei grundlegenden politischen und strategischen Entscheidungen verbindlich stärken soll die Beteiligung der Mitglieder verbindlich gestärkt werden.

Nicht jede Entscheidung kann ~~und muss~~ von der gesamten Mitgliedschaft getroffen werden. Gewählte Vorstände müssen arbeitsfähig ~~sein~~ bleiben, Mandatsträger*innen tragen Verantwortung für ihre Entscheidungen und im politischen Alltag muss manchmal schnell gehandelt werden. Aber dort, wo es um grundlegende Weichenstellungen, das politische Profil unserer Partei oder Entscheidungen mit langfristigen Folgen geht, darf Beteiligung nicht erst beginnen, wenn die Entscheidung faktisch bereits gefallen ist.

Der Stadtvorstand wird deshalb beauftragt, gemeinsam mit den Stadtbezirksverbänden, Zusammenschlüssen und der Stadtratsfraktion die folgenden Verfahren zu entwickeln und, umzusetzen, durch die wichtige politische Entscheidungen früher, transparenter und verbindlicher mit der Mitgliedschaft diskutiert werden und über ihre Anwendung regelmäßig Rechenschaft gegenüber dem Stadtparteitag abzulegen:

1. Grundsatzentscheidungen frühzeitig in die Partei geben

Bei politischen Fragen von besonderer Tragweite, zu der keine Beschlussgrundlage eines Parteitages vorliegt, soll die Mitgliedschaft möglichst vor einer abschließenden Positionierung durch Stadtvorstand oder Stadtratsfraktion informiert und einbezogen werden. Dazu zählen insbesondere Entscheidungen,

- 1) die das politische Profil der Partei in einer zentralen Frage betreffen,
- 2) die langfristige Folgen für die Stadt haben,
- 3) bei denen innerhalb der Partei deutlich unterschiedliche Positionen bestehen,
- 4) die größere strategische Entscheidungen für Wahlkämpfe oder Bündnisse beinhalten,
- 5) oder die nur schwer wieder rückgängig gemacht werden können.

Je größer die politische Tragweite einer Entscheidung ist, desto größer muss auch die Möglichkeit der Mitglieder sein, an ihrer Entstehung mitzuwirken.

2. ~~Mitgliederforen~~ Basiskonferenzen vor wichtigen Entscheidungen

~~Bei~~ Vor Entscheidungen zu solchen Grundsatzfragen sollen gewählte Gremien stärker von den in § 17 bis § 19 Stadtparteisatzung beschriebenen Basiskonferenzen Gebrauch machen oder Mitglieder ermutigen, diese zu initiieren ~~stadtweite Mitgliederforen stattfinden. Für diese gilt:~~

- Die Mitglieder werden frühzeitig über die Ausgangslage informiert.
- Verschiedene Sichtweisen auf antizipierte Konflikte werden nachvollziehbar dargestellt.
- Unterschiedliche Positionen können tatsächlich zu Wort kommen.
- Es besteht ausreichend Raum für Nachfragen und Diskussionen.
- Die Ergebnisse werden anschließend für die Mitglieder dokumentiert und allen Mitgliedern bereitgestellt.

8 **ÄA. Änderungsanträge**

- Gewählte Gremien sind angehalten die Ergebnisse dieser Basiskonferenzen in ihrer Arbeit zu berücksichtigen.

~~Dort müssen unterschiedliche Positionen tatsächlich zu Wort kommen können. Die Mitglieder sollen frühzeitig über die Ausgangslage informiert werden. Verschiedene Positionen und mögliche Alternativen sollen nachvollziehbar dargestellt werden. Es muss ausreichend Raum für Nachfragen und Diskussion geben. Die Ergebnisse sollen anschließend für die Mitglieder dokumentiert werden.~~

~~Wo es sinnvoll ist, sollen auch schriftliche Beiträge und digitale Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden. Wer aufgrund von Arbeit, Sorgearbeit, Krankheit oder anderen Verpflichtungen nicht an jeder Parteiveranstaltung teilnehmen kann, darf deshalb nicht von politischer Beteiligung ausgeschlossen sein.~~

~~3. Der Basis ein eigenes Initiativrecht geben~~

~~Nicht allein der Stadtvorstand soll entscheiden können, welche Frage wichtig genug für eine stadtweite Debatte ist. Wenn mindestens zwei Stadtbezirksverbände oder eine festzulegende Zahl von Mitgliedern dies verlangen, soll der Stadtvorstand ein stadtweites Mitgliederforum zu dieser politischen Frage einberufen.~~

~~Bei besonders weitreichenden Grundsatzfragen soll außerdem geprüft werden, ob eine Mitgliederbefragung oder, soweit Satzung und rechtliche Rahmenbedingungen dies ermöglichen, ein Mitgliederentscheid durchgeführt werden kann.~~

43. Kandidat*innenfindung transparenter gestalten

~~Die Diskussion um unsere Kandidatur zur Oberbürgermeister*innenwahl 2027 hat gezeigt, dass eine formale Abstimmung allein noch keine umfassende Beteiligung garantiert. Bei verschiedenen Diskussionsveranstaltungen in den Stadtbezirksverbänden wurde von Mitgliedern kritisiert, dass lange unklar war, wie die Kandidat*innenfindung abläuft, nach welchen Kriterien mögliche Kandidat*innen bewertet werden und welche Möglichkeiten es für Mitglieder gibt, selbst eine Kandidatur anzustreben. Gerade neu eingetretene Mitglieder berichteten, dass der Prozess für sie nur schwer nachvollziehbar war und sie erst sehr spät erfuhren, wie die Kandidat*innenfindung vorbereitet worden war.~~

~~Für zukünftige Kandidaturen von besonderer politischer Bedeutung soll deshalb geltend:~~

- ~~Der Zeitplan und das Verfahren der Kandidat*innenfindung werden frühzeitig veröffentlicht.~~
- ~~Alle Mitglieder werden rechtzeitig per Informationsmail und, wo sinnvoll, zusätzlich durch eine Informationsveranstaltung darüber informiert, wie das Verfahren abläuft und wie sie selbst ihr Interesse an einer Kandidatur erklären oder sich um eine Kandidatur bewerben können.~~
- ~~Die politischen Anforderungen an eine Kandidatur werden frühzeitig mit der Mitgliedschaft diskutiert.~~
- ~~Mitglieder erhalten rechtzeitig die Möglichkeit, mögliche Kandidat*innen kennenzulernen und mit ihnen zu diskutieren.~~
- ~~Empfehlungen des Stadtvorstandes werden nachvollziehbar begründet. Eine Empfehlung darf die politische Debatte und nehmen die Entscheidung der zuständigen Mitgliederversammlung nicht vorwegnehmen.~~

~~Wir wollen Mitglieder nicht erst dann mobilisieren, wenn Plakate geklebt, Haustüren besucht~~

~~und Infostände besetzt werden müssen. Wer einen Wahlkampf tragen soll, muss auch die Möglichkeit haben, seine politische Ausrichtung mitzugestalten.~~

~~Das gilt auch nach der Kandidat*innena~~Auch nach der Aufstellung.~~Der~~ führt der Stadtverband, vertreten durch den Stadtvorstand, ~~soll~~ regelmäßig offene Strategie- und Auswertungsrunden durchführen. ~~Mitglieder~~Stadtbezirksverbände und aktive Basisstrukturen sollen erhalten feste Möglichkeiten erhalten, Vorschläge einzubringen und bei wichtigen Schwerpunktsetzungen des Wahlkampfs mitzuwirken. ~~Wir begrüßen, dass die Kritik der Intransparenz wahrgenommen wurde und es nun beim ÖBM-Wahlkampf vielfältige Möglichkeiten zur Beteiligung gibt. Unser Anspruch, eine Mitmachpartei zu sein, darf nicht beim Wahlkampfmaterial enden. Er muss sich auch in unseren eigenen Strukturen zeigen.~~

54. Einen jährlichen kommunalpolitischen Ratschlag schaffen

Mindestens einmal im Jahr soll ein offenes Treffen zwischen interessierten Mitgliedern, Stadtvorstand und Stadtratsfraktion stattfinden.~~Dabei soll es nicht in erster Linie um eine einzelne anstehende Entscheidung gehen. Dafür sind die Mitgliederforen vorgesehen. Der kommunalpolitische Ratschlag dient nicht der Entscheidung über eine einzelne anstehende Frage, sondern dem frühzeitigen Austausch~~soll vielmehr einen Raum schaffen, um frühzeitig über größere Vorhaben, absehbare Konflikte und politische Schwerpunkte des kommenden Jahres zu sprechen. Eine Verbindung mit bzw. Erweiterung der etablierten gemeinsame Sitzung der Stadtratsfraktion mit den Mitgliedern der Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte sollte durch Stadtvorstand und Stadtratsfraktion geprüft werden.

~~Mitglieder sollen dort erfahren können, welche wichtigen~~Fraktion und Stadtvorstand stellen dort anstehende kommunalpolitischen Entscheidungen bevorstehen und welche Fragen sich aus Sicht der Fraktion und des Stadtvorstandes abzeichnendar und berücksichtigen auch antizipierte Konflikte. ~~Gleichzeitig sollen Stadtbezirksverbände, Zusammenschlüsse und einzelne Mitglieder bekommen die Möglichkeit eigene Themen und Konflikte einzubringen können, die aus ihrer Sicht stärker auf die politische Agenda gehören.~~

~~Es geht dabei ausdrücklich nicht darum, unsere Stadträt*innen zu kontrollieren oder ihnen ihre politische Verantwortung abzusprechen. Es geht darum, politische Debatten früher zu führen und Wissen aus Fraktion und Basis miteinander zu verbinden.~~

~~Unsere Stadträt*innen haben Einblicke in parlamentarische Abläufe, Verhandlungen und Sachzwänge. Unsere Mitglieder bringen Erfahrungen aus Stadtteilen, Initiativen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und dem eigenen Alltag mit. Linke Kommunalpolitik wird besser, wenn beides zusammenkommt.~~

65. Unterschiedliche Positionen zulassen, ohne uns gegenseitig zu beschädigen

~~Der Stadtparteitag bekennt sich zu~~Basisdemokratie bedeutet nicht, jeden Konflikt über Pressemitteilungen oder soziale Medien auszutragen. Wir wollen einer politischen Kultur, in der Widerspruch nicht als Illoyalität behandelt wird und politische Differenzen nicht zu persönlichen Auseinandersetzungen werden. Unterschiedliche Positionen müssen möglich sein. Persönliche Angriffe, Unterstellungen und öffentliche Abrechnungen helfen dagegen niemandem. Konflikte sollten zuerst dort ausgetragen werden, wo sie politisch produktiv werden können. Das sind unsere Mitgliederversammlungen, Stadtbezirksverbände, Zusammenschlüsse, MitgliederforenBasiskonferenzen, und Parteitage, parteiinternen Informationskanäle und Parteipublikationen wie das Mitteilungsblatt - nicht in erster Linie über Pressemitteilungen oder soziale Medien.

10 **ÄA. Änderungsanträge**

~~Nach einer demokratischen Entscheidung müssen unsere gewählten Gremien handlungsfähig bleiben. Gleichzeitig darf Geschlossenheit nicht bedeuten, dass Minderheitspositionen nicht mehr ausgesprochen werden dürfen. Geschlossenheit entsteht nicht dadurch, dass Konflikte vermieden werden. Sie entsteht dann, wenn wir offen und solidarisch miteinander streiten und am Ende gemeinsam Entscheidungen treffen. Verschiedene Positionen müssen sagbar bleiben. Damit daraus ein erkenntnisorientierter Diskurs werden kann, der in der Lage ist, politische Positionen zu schärfen und Lagerdenken abzubauen, brauchst es den Willen aller Mitglieder, sich an einem solchen offenen und erkenntnisorientierten Diskurs zu beteiligen und nicht auf mediale Diffamierungen und innerparteiliche Repressionen zurückzugreifen, um die Oberhand über den Diskurs zu gewinnen.~~

Wir fordern alle Mitglieder dazu auf, sich an der Schaffung und Aufrechterhaltung einer solchen Diskussionskultur und am Schutz innerparteilicher Diskussionsräume zu beteiligen.

76. Entscheidungsmacht darf nicht von Ressourcen abhängen

~~Innerparteiliche Demokratie bedeutet auch, dass demokratische Entscheidungsmacht nicht davon abhängen darf, wer über die meisten Ressourcen verfügt. Beschlüsse gewählter Gremien und Gliederungen müssen innerhalb ihrer satzungsmäßigen Zuständigkeit respektiert werden. Sie dürfen nicht dadurch faktisch eingeschränkt, übergangen oder ausgehebelt werden, dass andere Ebenen der Partei über mehr Geld, Personal, technische Infrastruktur, Kommunikationskanäle oder öffentliche Reichweite verfügen. Höhere Ressourcenausstattung darf nicht zu höherer Entscheidungsmacht führen.~~

~~Unterschiedliche Ebenen und Strukturen unserer Partei verfügen zwangsläufig über unterschiedliche Möglichkeiten. Daraus darf aber keine unterschiedliche demokratische Wertigkeit ihrer Entscheidungen entstehen. Ein demokratisch gefasster Beschluss darf nicht deshalb weniger Gewicht haben, weil die Menschen, die ihn getroffen haben, weniger hauptamtliche Unterstützung oder geringere finanzielle und kommunikative Mittel zur Verfügung haben.~~

Ressourcen sollen demokratische Arbeit ermöglichen und unterstützen. Sie dürfen nicht darüber entscheiden, welche demokratisch legitimierte Position sich innerhalb der Partei faktisch durchsetzen kann.

~~Wo Entscheidungen nach Satzung bei einem bestimmten Gremium oder einer bestimmten Gliederung liegen, muss dieses Entscheidungsrecht auch praktisch bestehen. Höhere Ressourcenausstattung darf nicht zu höherer Entscheidungsmacht führen.~~

Wir fordern alle Mitglieder auf - besonders solche mit Zugang zu innerparteilichen Ressourcen, Medienreichweite oder Entscheidungskompetenzen, wie Amts- und Mandatsträger*innen oder Angestellten - sich ihrer Verantwortungsposition bewusst zu werden, besondere Sorgfalt bei Entscheidungen, die Dritte betreffen, walten zu lassen und sich eine Offenheit für Kritik zu bewahren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄÄ8.1: Leipzig wird Tarifstadt

Einreichende: AG Betrieb und Gewerkschaft Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Die Linke Leipzig setzt sich dafür ein, dass die Stadt Leipzig Aufträge nur noch an Firmen vergibt, die nach Tarifvertrag bezahlen und die ihrerseits nur Aufträge an Unterauftragnehmer oder Leiharbeitsfirmen vergeben, die ebenfalls nach Tarifvertrag zahlen.

Falls es tarifgebundene Bewerber um einen Auftrag der Stadt Leipzig gibt, sind diese in der Auftragsvergabe zuerst zu berücksichtigen.

Dies soll auch jeweils für den Fall gelten, dass Leistungen im Auftrag der Stadt Leipzig im Ausland erbracht werden sollen, falls es dort Tarifverträge gibt.

Sollte dies im aktuellen rechtlichen Rahmen, in Punkten oder gesamt, nicht möglich sein, setzen sich die Linke Leipzig und ihre Mandatsträger*innen auf allen Ebenen dafür ein, dass der rechtliche Rahmen entsprechend angepasst wird, bis dies möglich ist.

Begründung:

Das sächsische Vergabegesetz (SächsVergabeG) setzt Tarifbindung nicht für potentielle Auftragnehmer für Aufträge des Landes Sachsen voraus und dient als eine von vielen gesetzlichen Grundlagen der Geschäftsordnung der Stadt Leipzig zur Vergabe von Leistungen. Daher kann die Stadt in der Auftragsvergabe keine anderen Anforderungen an potentielle Auftragnehmer stellen, als dies auf Landesebene der Fall ist.

Die EU Mindestlohnrichtlinie EU 2022/2041 fordert eine Tarifbindung von 80 Prozent, von den EU Mitgliedsstaaten. Der Bund hat sich ein neues Bundestariftreuegesetz gegeben, nachdem Aufträge des Bundes ab einem Volumen von 50.000€ nur noch an Firmen vergeben werden dürfen, die tarifliche Arbeitsbedingungen einhalten. In Leipzig sind politische Mehrheiten für eine Auftragsvergabe mit progressiven sozialen und ökologischen Standards möglich.

Es ist absurd, dass hier die Möglichkeiten Leipzigs durch die sächsische Landesregierung blockiert werden, wir dadurch hinter der Vergabepaxis des Bundes zurückfallen und somit wesentlich dazu beitragen, die aus der EU Mindestlohnrichtlinie geforderten 80% Tarifbindung zu verfehlen. Somit sind die Linke Leipzig und all ihre Mandatsträger*innen aufgefordert sich auf allen Ebenen für bessere soziale und ökologische Vergabekriterien einzusetzen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

12 **ÄA. Änderungsanträge**

ÄA10.1: 30 Stellen für bezahlbares Wohnen und Unterstützung von Mieter*innen

Einreichende: Darius Belling, Anna Bochmann, Alexandra Dierks, Dido Lea Dimitroff, Robert Gruner, John-Paul Hartzsch, Leonard Husmeier, Philippe Janes, Tom Knappstein, Julia Rattke, Virginia Reichel, Hannes Reinhardt, Nora Scharbach, Luisa Scherer, Ramona Schmidt, Vincent Schmitt, Benjamin Sittig, Nina Tempelhoff, Jule Wagner, Alexander Windemuth

Antrag:

Dieser Änderungsantrag zielt auf eine vollständige Ersetzung des ursprünglichen Antrages A10 ab.

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Die Linke Leipzig bekräftigt ihre Unterstützung des Bürgereinwands zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Leipzig: „Die Stadt Leipzig schafft 30 zusätzliche Stellen für die Bekämpfung illegaler Mieten und für die Unterstützung von Mieter*innen rund um das Thema Mieten und plant diese verbindlich im städtischen Haushalt ein. So kann die Stadt rechtswidrige Mietpraktiken konsequent verfolgen, Mieter*innen beraten und für bezahlbares Wohnen sorgen. Wir wenden uns gegen einen Haushaltsplanentwurf, der diese dringend benötigten Stellen nicht vorsieht. Um eine tatsächliche Besetzung zu gewährleisten, sind neue Stellen ausdrücklich von der Stellenbesetzungsbremse auszunehmen. Etwaige Mehrkosten dürfen nur durch eine Erhöhung des Budgets des Dezernats Soziales, Gesundheit und Vielfalt gegenfinanziert werden, nicht durch Kürzungen in diesen Bereichen.“
2. Die Linke Leipzig unterstützt die Zusammenarbeit der Mietenkampagne „Leipzig bezahlbar machen“ und der Stadtratsfraktion in ihrem Vorhaben, das Anliegen der Mieter*innen Leipzig nach bezahlbarem Wohnen in die Haushaltsverhandlungen des Stadtrates einzubringen.
3. In diesem Sinne ruft die Linke Leipzig ihre Mitglieder, Basisorganisationen und Mandatsträger*innen dazu auf, sich weiterhin an den zahlreichen Aktionen der Mietenkampagne zu beteiligen, Unterschriften für den Bürgereinwand zu sammeln und an kommenden Versammlungen am Rathaus teilzunehmen.

Begründung:

Die Mieten steigen durch die Decke: Das ist das wichtigste kommunalpolitische Thema für Leipziger*innen. Doch die Gesetze, die Mieter*innen vor zu hohen Kosten schützen sollen, werden in Leipzig nicht umgesetzt. Immobilienkonzerne und Vermieter dürfen sich beim Zuhause der Leipziger*innen ohne Konsequenzen illegal verhalten. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir das Tauziehen gegen die dreistesten und reichsten Immobilienkonzerne und Vermieter der Stadt gewinnen.

Das betrifft nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern alle Mieter*innen der Stadt. Illegal überhöhte Mieten fließen in den Mietspiegel ein und treiben ihn nach oben, solange sie nicht abgesenkt werden. Wer illegale Mieten absenkt, senkt damit die ortsübliche Vergleichsmiete für die ganze Stadt und begrenzt, wie schnell auch alle anderen Mieten weiter steigen dürfen.

Gleichzeitig erleben wir gerade einen der drastischsten Kürzungshaushalte in der Geschichte Leipzigs. Das führt dazu, dass die Stadt selbst Vergehen von Vermietern nicht mehr ahnden kann. Die durch den Staat sanktionierten Verhalten werden aus haushaltspolitischem Kürzungsdrang nicht verfolgt. Hier zeigt sich die Widersprüchlichkeit unserer Gesellschaft.

Während 70 Mitarbeiter*innen bei der Stadt Knöllchen für Falschparker verteilen, bearbeitet nur eine einzige Person im Wohnamt die zu hohen Mieten. Sie hat keine Chance, hinterherzukommen. Die Größenordnung folgt dabei der Bedarfsrechnung der Verwaltung selbst: Nach ihrem Fallzeitschlüssel sind allein für diese Aufgabe 16 Stellen nötig, um 1.000 Fälle zu bearbeiten (derzeit sind es schon über 500). Gegen mehr Personal wird häufig angeführt, die Stadt habe dafür kein Geld. Dabei könnten die zusätzlichen Stellen ein Plusgeschäft für die Stadt sein. Obwohl überhöhte Mieten sehr häufig Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten sind, gab es in Leipzig weder jemals ein Bußgeld noch eine Strafe. Im Gesetz ist eine Geldbuße bis zu 50.000 Euro vorgesehen. Die Strafe muss laut Gesetz den illegalen Gewinn übersteigen und soll abschreckend wirken. Dieser Rahmen muss nur bei einem Bruchteil der Fälle bei Immobilienkonzernen ausgeschöpft werden, um die Kosten fürs nötige Personal im Amt für Soziales wieder in die Stadtkasse zu spülen. Vor allem aber kommt das Geld dort an, wo es hingehört: In Frankfurt am Main standen in mehreren Jahren rund 100.000 Euro an Bußgeldern rund 200.000 Euro zurückerstatteter Miete gegenüber, im Schnitt rund 6.300 Euro je Mietpartei. Dazu kommt die weiterführende Beratung von Mieter*innen. Ob bei Heizkosten, zu hohen Mieten oder andere Probleme mit dem Vermieter – Mieter*innen brauchen Unterstützung gerade durch eine städtische Anlaufstelle.

Zum Schluss sei noch gesagt: Ein Beschluss allein senkt keine Miete – auch kein großer Bürgereinwand. Was ihn durchsetzt, sind organisierte Menschen, die sich öffentlich hinter eine populäre Forderung stellen und die Entscheidungsträger*innen in der Politik verantwortlich halten. Die formale Frist des Bürgereinwandes ist abgelaufen – die Haushaltsverhandlung läuft aber weiter. Gerade jetzt kannst du Druck auf die Stadträt*innen ausüben: durch Kundgebungen, Telefonaktionen und kollektiven Aktionen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄÄ11.1: Keine Finanzierung von Tierleid durch Parteigelder**Einreichender:** Johannes Schmidt**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Der Ursprungsantrag wird am Ende ergänzt durch:

„Von der Regelung ausgenommen sind begründete Ausnahmen wie z. B. in Einzelfällen durch Spenden finanzierte, durch einzelnen Genoss*innen zubereitete Lebensmittel oder in Fällen von Unverträglichkeiten, wenn keine angemessenen Alternativen vorliegen. Diese

14 **ÄÄ. Änderungsanträge**

Abweichungen sollten jedoch nur im geringen Umfang sein, sodass das Angebot an veganen Lebensmitteln überwiegt.“

Begründung:

Nach der Rücksprache mit einzelnen Einreicher*innen von A11: Keine Finanzierung von Tierleid durch Parteigelder sollte die Tragweite bzgl. der späteren Handhabung mit Abrechnungen in der Geschäftsstelle konkretisiert werden. Dieser ÄÄ dient daher primär zur Anregung entsprechende Regelungen durch (Teil-)Übernahme bzw. eine passende Neufassung zu formulieren.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄÄ12.1: Leipzig bleibt Friedensstadt – Kein Platz für Rüstungsprofite!

Einreichende: Uwe Fiedler, Jacqueline Görner

Unterstützende: Steffi Deutschmann, Kay Kamieth, Maximilian Lawrence Friedel

Antrag:

Dieser Änderungsantrag zielt auf eine vollständige Ersetzung des ursprünglichen Antrages A12 ab.

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig lehnt die Ansiedlung des Rüstungskonzerns Covenant und die geplante Produktion des Marschflugkörpers „Anthem“ in Leipzig und Umgebung entschieden ab. Wir beugen uns nicht der vermeintlichen Notwendigkeit von Hochrüstung und Kriegstauglichkeit. Während soziale Sicherungssysteme, Gesundheit, Bildung und kommunale Daseinsvorsorge kaputtgespart werden, fließen Milliarden in die Rüstungsindustrie. Wir lassen nicht zu, dass Leipzig zum Drehkreuz für Waffenproduktion und Rüstungslogistik ausgebaut wird. Es darf in unserer Stadt keine Rüstungsproduktion geben, die völkerrechtswidrige Kriege, Völkerrechtsverletzungen und das weltweite Leid der Zivilbevölkerung befeuert. Wir erteilen jeglicher Politik eine Absage, die bereit ist, solche Offensivwaffen einzusetzen oder kriegsrische Gewalt als Mittel der Politik zu nutzen. Städtische Flächen, öffentliche Gelder und die Arbeitskraft der Menschen gehören in die Daseinsvorsorge – nicht in die Produktion von Waffen.

In Umsetzung des Beschlusses des Potsdamer Bundesparteitages vom 21. Juni 2026 „Es reicht! Wir organisieren den Aufstand: gegen Sozialabbau und Militarisierung“ erteilt der Stadtparteitag folgende Arbeitsaufträge und Aufforderungen:

1. Kommunalpolitisches Mandat nutzen: Der Stadtparteitag unterstützt nachdrücklich den Antrag der Stadtratsfraktion (VIII-A-03460) „Stadt des Friedens bleiben – Leipzig darf kein Standort für Rüstungsproduktion werden“. Die Fraktion wird aufgefordert, alle

kommunalrechtlichen, planungsrechtlichen und gewerblichen Spielräume auszusschöpfen, um Ansiedlungsanfragen von Rüstungsunternehmen zu unterbinden und die Vergabe städtischer Flächen an die Rüstungsindustrie zu verhindern.

2. Protest auf der Straße und Bündnisarbeit: Der Widerstand gegen aufrüstungsbedingten Sozialabbau und Rüstungsansiedlungen wird auch auf der Straße entschieden. Die Linke Leipzig unterstützt die Aktionen des Bündnisses „Keine Raketenfabrik in Leipzig“. Anknüpfend an die erfolgreiche Unterstützung der Demonstration vom 19. September 2026 solidarisiert sich der Stadtverband mit gewaltfreien Protesten, auch in Formen des zivilen Ungehorsams, gemeinsam mit Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und antifaschistischen Strukturen. Der Stadtvorstand wird beauftragt, eine offizielle Mitwirkung im Bündnis zu prüfen und, sofern politische Übereinstimmung besteht und das Bündnis dies wünscht, umzusetzen.

3. Industrielle Konversion und gewerkschaftliche Verankerung: Gemeinsam mit Beschäftigten und Gewerkschaften müssen Perspektiven für industrielle Konversion entwickelt werden, damit Arbeitsplätze nicht an die Produktion von Rüstungsgütern gebunden werden. Der Stadtvorstand wird beauftragt, im vierten Quartal 2026 das Gespräch mit den Gewerkschaften (insbesondere dem DGB und der IG Metall), Betriebsräten und Belegschaften im Leipziger Raum zu suchen. Ziel ist eine aktive Industriepolitik, die das Know-how und die Fachkräfte der Region für den Ausbau des ÖPNV, erneuerbare Energien und Medizintechnik nutzt.

4. Aufklärungskampagne und Verankerung im Stadtteil: Der Stadtvorstand wird beauftragt, ab November 2026 eine stadtweite Aufklärungskampagne durchzuführen. An Infoständen, in Haustürgesprächen und auf Nachbarschaftstreffen klären wir über die konkreten Pläne von Covenant (geplanter Produktionsstart Q1 2027) und die Folgen für die Stadtentwicklung auf. Es gilt, den Zusammenhang von aufrüstungsbedingten Kürzungen und den Verschlechterungen im Alltag der arbeitenden Menschen offenzulegen.

5. Schwerpunkt im OBM-Wahlkampf: Der Parteitag empfiehlt dem Stadtvorstand und dem Wahlstab, den Kampf für eine Friedensstadt Leipzig und gegen Rüstungsansiedlungen als zentralen stadtpolitischen Schwerpunkt in den Wahlkampfentwürfen und im OBM-Wahlprogramm zu verankern. In enger Abstimmung mit unserer OBM-Kandidatin Skadi Jennicke tragen wir die Auseinandersetzung in die Stadtgesellschaft und fordern eine klare Absage an Rüstungsinteressen von den Mitbewerbern.

6. Militarisierung nach innen stoppen: Der Widerstand gegen aufrüstungsbedingte Politik richtet sich auch gegen die autoritäre Formierung der Gesellschaft nach innen. Dass der AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, Rüstungsproduktion als Hilfsmittel für eine „Remigrations- und Abschiebeoffensive“ bezeichnet hat, zeigt: Aufrüstung verroht die Gesellschaft. Die Linke Leipzig stellt sich Menschen und Initiativen zur Seite, die wegen ihres Engagements gegen Krieg und Aufrüstung von Repression betroffen sind.

7. Überregionale Initiativen: Der Stadtvorstand stimmt sich eng mit den benachbarten Kreisverbänden sowie dem Landes- und Bundesverband ab. Unsere Abgeordneten im Landtag und Bundestag werden aufgefordert, parlamentarische Initiativen einzubringen, um jede öffentliche Förderung, Subventionen und Genehmigungen für die geplante Rüstungsproduktion in Leipzig und Umgebung zu unterbinden.

Begründung:

Kriege werden auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen. Während der Bundeshaushalt massive Steigerungen bei den Rüstungsausgaben vorsieht, werden Schulen, Krankenhäuser, sozialer Wohnungsbau und der öffentliche Nahverkehr kaputtgespart. Diese Politik entzieht den Kommunen die Grundlagen zur Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Knüpfend an unsere Grundsätze stehen wir weiterhin unverrückt für Abrüstung, globale Diplomatie und die mittelfristige Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie.

Anlass: Covenant und der Raum Leipzig - Das US-Start-up Covenant beabsichtigt, ab Anfang 2027 im Raum Leipzig zunächst rund 1.000, im Endausbau bis zu 5.000 Marschflugkörper vom Typ „Anthem“ pro Jahr zu produzieren. Hierbei handelt es sich um eine Offensivwaffe mit hoher Reichweite. Zusammen mit den Ansiedlungsplänen in Sangerhausen (Elbit Systems) und der Nähe zum Flughafen Halle/Leipzig kann eine solche Ansiedlung das Risiko erhöhen, dass unsere Region und ihre kritische Infrastruktur in künftigen Konflikten zum Ziel militärischer Auseinandersetzungen werden.

Soziales statt Aufrüstung & Industrielle Konversion - Dem Argument, Rüstungsproduktion schaffe notwendige Arbeitsplätze, halten wir das Konzept der Konversion entgegen. Mitteldeutschland verfügt über hochentwickelte Kapazitäten insbesondere im Maschinenbau, in der Logistik und der Elektronik. Diese Ressourcen müssen unter anderem für die zivile Daseinsvorsorge, den Klimaschutz und die soziale Infrastruktur eingesetzt werden.

Sicherheit entsteht nicht durch Auf- und Hochrüstung. Sie entsteht durch funktionierende Krankenhäuser, bezahlbaren Wohnraum, soziale Absicherung und eine handlungsfähige Zivilgesellschaft. Die Linke Leipzig verbindet den parlamentarischen Einsatz im Rathaus mit dem Widerstand auf der Straße. Leipzig bleibt Friedensstadt!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA12.2: Keine Profite mit Blut und Tod – Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig

Einreichende: Franziska Kage, Georg Grünewald

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Unter 2. soll nach dem letzten Satz folgendes ergänzt werden:

„Die Linke Leipzig schließt sich dem derzeit formierenden Bündnis „Keine Raketenfabrik in Leipzig“ an und bringt sich aktiv in die Mitgestaltung der Aktionen ein.“

Begründung:

Bis vor wenigen Wochen war die Ansiedlung eines Rüstungskonzerns in Leipzig noch Spekulation und konkretere Informationen lagen noch nicht vor. Mitte September wurde das Bild jedoch klarer und es wurde bekannt, dass der Rüstungskonzern Covenant sich im Leipziger Norden ansiedeln will. Ob dies dann auch tatsächlich passiert, bleibt bisher (Stand: 15.09.) noch ungewiss. Doch es bildet sich bereits ein breites Bündnis antimilitaristischer Akteure, die diese Ansiedlung verhindern wollen. Dort sollten wir uns von Beginn an einbringen.

Erste Treffen, Proteste und Sondierungen eines Bündnis-Konsens fanden im September bereits statt. Die dort anwesenden Menschen aus verschiedenen antifaschistischen, antimilitaristischen und sozialistischen Gruppen standen einer Beteiligung der Partei die Linke auf Nachfrage bisher wohlwollend gegenüber. Diese Chance sollten wir nutzen, um uns als glaubhafter Partner im antimilitaristischen Kampf zu etablieren, indem wir die Genoss*innen außerparlamentarischer Gruppen nach Kräften unterstützen.

Zudem wünschenswert wäre es, die derzeit stattfindenden gesellschaftlich getragenen Kämpfe gegen Sozialstaatsabbau, Wiedereinführung der Wehrpflicht und Produktion von Rüstungsgütern noch stärker miteinander zu verknüpfen, um ein gemeinsames Narrativ zu entwickeln und die Schlagkraft dieser Bewegungen zu erhöhen. Auch diese Perspektive sollten wir in das Bündnis einbringen, um unsere eigenen Stärken, wie die bisherige Beteiligung an Schulstreiks, Sozialprotesten, sowie Verankerung in anderen Protestbewegungen, sowie unsere dort gesammelten Erfahrungen mit den Genoss*innen der anderen Gruppen zu teilen und die Bündnisarbeit in Leipzig zu stärken.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄÄ13.1: Bekenntnis der Linken Leipzig zur feministischen Erneuerung**Einreichende:** Ariane Barth**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Es wird unter den Bereich „Einreichende“ folgendes ergänzt: Unterstützende: Marthe Melde, Robert Gruner, Robby Aydin, Franziska Kage, Stefan Nagel

2. Der Punkt 1 wird wie folgt geändert: „Der Stadtparteitag bekennt sich zum Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, sexistischen und queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexistischer Gewalt, ~~sowie~~ zum Beschluss P13 „Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE“ sowie zum Beschluss „Das Leben organisieren. Die Linke ist eine feministische Partei“.“

3. Die Notiz in der Fußzeile zur Referenz hinter dem Punkt 1 wird um Link zum ergänzten

18 **ÄA. Änderungsanträge**

Beschluss erweitert: <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/potsdamer-parteitag/potsdamer-parteitag/beschluesse/detail/news/das-leben-organisieren-die-linke-ist-eine-feministische-partei/>

Begründung:

Punkt 1: Mit dem Beschluss des Stadtvorstand am 08.09.26 wurde beschlossen, dass sich Genoss*innen bis zum Ende Änderungsantragsfrist noch als Unterstützer*innen melden können. Entsprechend erfolgt dieser Antrag im Rahmen des abgestimmten Verfahrens und wird von den einreichenden Personen einfach übernommen.

Punkt 2 und 3: Ergänzung und Erweiterung des Bekenntnisses zur bestehenden Beschlusslage, um den Beschluss des Potsdamer Parteitags vom 20. Juni 2026 und dem Link des Beschlusses (zum Nachlesen auch für unsere Mitgliedschaft im Stadtverband.).

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Bettina Lorenz



24 Jahre
Kandidatur als
Vorsitzende

Liebe Genoss:innen, ich bin Bettina, 24 Jahre alt und lebe seit Herbst 2022 in Leipzig. Aktuell schließe ich meinen Bachelor in Politikwissenschaften ab, im Oktober beginne ich mein Masterstudium.

Obwohl ich früh meinen Weg zur Partei gefunden habe, bin ich erst im September 2023 eingetreten und aktiv geworden. Damals hatten wir im Bundestag 4,9% und ich wollte den „Karren mit aus dem Dreck zu ziehen“ anstatt zuzusehen, wie die Partei in der Versenkung verschwindet. In der Folge übernahm ich die Wahlkampfkoordination des Stadtverbandes für das Wahljahr 2024 sowie die Bundestagswahl 2025, seit letzten Herbst bin ich im Vorstand im SBV Alt-West tätig. Im Wahlkristeam unseres Leipziger MdBs Sören unterstütze ich als Mitarbeiterin seine Arbeit im Petitionsausschuss. Obwohl dies die Schnittstelle zwischen Parlament und Bevölkerung ist, ist diese Arbeit aufgrund der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse mitunter ernüchternd.

Deshalb ist für mich klar: Es braucht es eine starke, selbstbewusste und solidarische linke Organisation auf der Straße. Ich will, dass Die Linke eine Partei ist, die sowohl ihre Mitglieder mitnimmt als auch erleb- und nahbar für die Menschen zwischen den Wahlen ist.

Mit dem enormen Mitgliederzuwachs der letzten Jahre hat unser Stadtverband bereits Strukturen aufgebaut, die diesem Leitbild folgen. Gleichzeitig braucht es einen weiteren Ausbau unserer Aktivitäten, denn egal ob sozialer Kahlschlag, Militarisierung oder Faschisierung – die Zeiten sind düster. Um uns dem entgegenzustellen, bedarf es konkreter linker Organisation. Frei nach Angela Davis: Manchmal müssen wir die Arbeit leisten, auch wenn wir noch nicht den Hoffnungsschimmer am Horizont sehen. Wir haben keine Alternative, als optimistisch zu bleiben. Daher bitte um Eure Stimme und Euer Vertrauen am 04. Oktober.

Steffi Deutschmann



71 Jahre
Kandidatur als
stellv. Vorsitzende

Liebe Genossinnen und Genossen, ich kandidiere wieder als stellvertretende Stadtvorsitzenden und bitte dafür erneut um Euer Vertrauen. Ich habe diese Funktion in der letzten Wahlperiode mit Herzblut ausgefüllt und möchte diese Arbeit gern fortsetzen; im Fokus stehen dabei vor allem die Interessen und Bedürfnisse der älteren Parteimitglieder und ein gutes Miteinander aller Generationen.

Zu meiner Person: Ich bin Mitglied der Partei seit 1974. Mit der Wende wurde ich Geschäftsstellenleiterin unseres Stadtverbandes und habe diese Position über 30 Jahre engagiert ausgefüllt. Seit einigen Jahren verbringe ich einen Großteil meines Rentnerinnendaseins ehrenamtlich in der Geschäftsstelle und bin hier für die Mitgliederbetreuung verantwortlich. Dieser Tätigkeit

gehe ich gewissenhaft und mit viel Freude nach.

Ich bekleide weitere Ehrenämter in der Partei, z.B. bin ich Sprecherin der Senioren AG in Leipzig; hier habe ich schon mehrmals das Generationscafé mit der linksjugend durchgeführt. Weiterhin bin ich die Schatzmeisterin im Stadtbezirksverband Südwest; hier habe ich auch für die Kommunalwahlen 2024 kandidiert.

Auch im Landesverband bin ich politisch aktiv, u.a. als Mitglied im Landesrat und als Mitglied im Sprecherrat der LAG Senioren. Ich engagiere mich auch jenseits der Partei seniorenpolitisch, z.B. im Präsidium der AG Senioren bei ver.di.

In meiner Freizeit lese ich gern und verbringe gern mit den Naturfreunden Zeit im Grünen.

Dennis Fröbrich



33 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Liebe Genoss:innen, ich bin 33 Jahre alt, in Leipzig-Grünau geboren und aufgewachsen. Diese Stadt ist mein Zuhause und ich möchte, dass sie ein Ort des solidarischen Miteinanders bleibt.

Ich bin 2017 in Die Linke eingetreten, nachdem mich die erste Wahl von Trump erschüttert hatte. Damals wurde mir bewusst, wie autoritäre Kräfte weltweit auf dem Vormarsch sind. Dass sich Ähnliches heute auch in Deutschland abzeichnet, beunruhigt mich zutiefst. Umso wichtiger ist eine Linke, die dieser Entwicklung entgegentritt und vor Ort ansprechbar ist.

Bildung ist mein politisches Herzensthema. Ich habe Lehramt studiert und an verschiedenen Schulen gearbeitet, wobei ich Erfahrung in Verwaltung und Planung sammeln konnte. Schulen müssen Orte sein, an denen demokratische Werte vermittelt und autoritäre Denkmuster hinterfragt werden. Deshalb gehört gute Bildung ins Zentrum linker Politik. Dafür bin ich seit vielen Jahren in der AG Bildung aktiv und übernehme als einer der aktuellen Sprecher:innen bereits erste Leitungsverantwortung.

Auch in der Mietenkampagne habe ich mit angepackt: Ich habe an der Planung zweier Konferenzen mitgewirkt, engagiere mich inzwischen in der Öffentlichkeitsarbeit und gestalte Social-Media-Inhalte zum Thema.

Im Stadtvorstand möchte ich die bildungspolitische Perspektive stärken und mich für ein Leipzig einsetzen, in dem Menschen in ihren verschiedenen Bedürfnissen wahrgenommen werden. Ich bin neurodivergent und kenne das Gefühl, nicht ins gewohnte Raster zu passen. Dadurch wurde mein Blick für Ungerechtigkeiten und Ausgrenzung geschärft. Ich möchte Menschen mit ähnlichen Erfahrungen eine Stimme geben, die Arbeit des Stadtvorstands um neue Sichtweisen bereichern und Gewohntes konstruktiv hinterfragen.

Dabei sind mir eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und ein ehrliches, glaubwürdiges Auftreten gegenüber unseren Mitgliedern wichtig. Entscheidungen des Stadtvorstands sollen für alle nachvollziehbar und offen diskutierbar sein.

Ich freue mich über euer Vertrauen.

Johanna Glameyer



66 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Liebe Genoss*innen des Stadtverbandes, hinter mir liegt eine privat herausfordernde Zeit. Mit dieser Kandidatur möchte ich einen neuen Weg innerhalb der Partei beschreiten. Ich bewerbe mich für den Landesrat und als Beisitzerin im Stadtvorstand.

Durch meine bisherigen ehrenamtlichen Tätigkeiten bin ich auf Landes- und Bundesebene vernetzt. Ich engagiere mich in der Ökologischen Plattform auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Dieses Netzwerk möchte ich für einen enge Austausch und Wissenstransfer nutzen. Ich verstehe mich als Vertreterin der Basis, als Ansprechpartnerin und verbindendes Element zwischen den verschiedenen Ebenen und Gruppierungen unserer Partei. Ökologie denke ich nicht isoliert, sondern zusammen mit sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe, nachhaltiger Ökonomie und Frieden. Ich möchte dazu beitragen, das ökosozialistische Profil unserer Partei auf Stadtebene weiterhin zu schärfen - kritisch, demokratisch und zukunftsorientiert.

Aus meiner beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeit bringe ich Erfahrungen in Organisation, Kundenservice, Personalratsarbeit, Mitarbeiterführung und Schulung mit.

Als Ü-60 FLINTA-Person mit Behindertenstatus möchte ich Brücken bauen zwischen Menschen unterschiedlichen Alters, geschlechtlicher Identität und Orientierung sowie Menschen mit Einschränkungen durch Behinderungen. Meine Vision ist ein Stadtverband, der ökologisch, kooperativ, sozial, solidarisch, und verbindend arbeitet und in die Partei hineinwirkt.

Ich kandidiere weil ich gesellschaftspolitische Einmischung für notwendig halte und weil ich mich meinem zweijährigen Enkel und allen nachfolgenden Generationen verpflichtet fühle.

Ich hoffe, dass wir gemeinsam die Welt ein bisschen besser machen können. Wenn nicht wir ein Leuchtturm der Hoffnung sind - wer dann?

Dr. Sharon Ratke



47 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Liebe Genossen, Wut, Ohnmacht und Verzweiflung helfen nicht, wenn man etwas ändern will. Genau deshalb bin ich in die Linke eingetreten: Ich will nicht länger zusehen, wie sich die Welt dem Faschismus nähert, sondern aktiv etwas dagegensetzen und diese Partei mitgestalten.

Als Lehrer für Mathematik, Physik und Geschichte an einer Oberschule sehe ich jeden Tag, wie stark Bildungschancen vom Elternhaus abhängen. Nachhilfe, ein ruhiger Arbeitsplatz, Eltern mit Zeit: Das entscheidet oft mehr als Talent und Fleiß. Als Geschichtslehrer weiß ich außerdem, wohin soziale Ungerechtigkeit führt. Deshalb gehört die soziale Frage wieder ins Zentrum unserer Politik.

Ich möchte eine Stimme sein für eine bunte, queere und solidarische Stadtgesellschaft, in der Bildung und Chancen nicht von der Herkunft abhängen. Ich will, dass die Linke ein sicherer Ort für alle ist und sich sichtbar gegen Rassismus und Queerfeindlichkeit stellt.

Aus der Arbeit in der Gruppe Bildung und aus dem Schulalltag will ich Erfahrungen in den Vorstand tragen. Gegen den Sozialabbau der Bundesregierung müssen wir Druck aufbauen, mit Bündnissen, Kampagnen und Beratungsangeboten, die den Menschen in Leipzig direkt helfen.

Als Mitglied des Stadtvorstandes würde ich die Arbeit an der Basis und im SBV enger verzahnen.

Als Deutsch-Australier wurde ich in meiner Jugend im Westen selbst rassistisch angefeindet. Das ist einer der Gründe, warum ich Ausgrenzung nicht nur ablehne, sondern mich aktiv dagegen einsetzen will.

Seit 2025 bin ich Mitglied der Linken, in der politischen Bildung aktiv und unter anderem in der Gruppe Bildung Leipzig. Derzeit kandidiere ich für den Vorsitz des SBV Nord und arbeite mich bereits in die Vorstandsarbeit ein. Aus meinem Beruf bringe ich mit, komplexe Sachverhalte verständlich zu erklären, mit unterschiedlichen Menschen zu arbeiten und in schwierigen Diskussionen den Faden zu behalten.